

Ja zur 10. AHV-Revision mit Frauenrentenalter 64 Nein zur überrißenen AHV-Initiative von SP und Gewerkschaften

Das bürgerliche Komitee «Ja zur fortschrittlichen 10. AHV-Revision – Nein zur sozialistischen AHV/IV-Initiative» hat am Montag in Bern den Abstimmungskampf um die Zukunft der AHV eröffnet, über die am 25. Juni abgestimmt wird. Die 10. AHV-Revision wurde dabei als sozial und finanzpolitisch ausgewogen beurteilt.

cs. Bern, 3. April

Dem Komitee «Ja zur fortschrittlichen 10. AHV-Revision – Nein zur sozialistischen AHV/IV-Initiative» gehören 149 bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier an. Das vorwiegend wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters gegen die 10. AHV-Revision ergriffene Referendum bezeichnete Nationalrätin *Eva Segmüller* (cvp.) vor den Medien in Bern als bedauerlich. Das Gesamtpaket deswegen zu gefährden sei unverständlich. Die Hoffnung, nach einem Nein zur Reform die Neuerungen der 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters dennoch durchsetzen zu können, dürfte sich ihrer Ansicht nach als trügerisch erweisen.

Die Revision bedeutet einen Paradigmenwechsel, einen eigentlichen *Systemwechsel*, wie *Eva Segmüller* betonte. Die Reform erfüllt mit der Einführung des Splittings und damit mit dem Übergang zu einer zivilstandsunabhängigen Frauenrente sowie mit der Anerkennung eines Erziehungs- und Betreuungsbonus seit Jahren von Frauen immer wieder vorgebrachte Postulate, unterstrich Ständerätin *Christine Beerli* (fdp.). Für *Eva Segmüller* ist die Anerkennung der Erziehungs- und Betreuungsarbeit ein Markstein in der Entwicklung der AHV. Auch Nationalrat *Toni Bortoluzzi* (svp.) bezeichnete die Vorlage als zukunftsorientiert.

Die 10. AHV-Revision verursacht aber auch Mehrkosten von etwa 710 Millionen Franken. 650 Millionen fallen dabei allein auf die allgemeine Rentenerhöhung gemäss der *neuen Rentenformel*. Diese Neuerung wurde bereits auf den 1. 1. 93, befristet bis Ende 1996, in Kraft gesetzt. Obwohl die Erfüllung der Frauenpostulate nur den kleineren Teil der Mehrkosten ausmacht, sagt *Christine Beerli* dennoch – zwar ohne Freude, aber mit Überzeugung – Ja zur stufenweisen Er-

höhung des Rentenalters der Frauen auf 64 Jahre. Sie ist davon überzeugt, dass es angesichts der finanziellen Perspektiven der AHV unverantwortlich wäre, diesen Schritt auf die 11. AHV-Revision zu verschieben. Der AHV-Fonds wird nämlich ohne Rentenaltererhöhung im Jahre 2001 ein Defizit von 13 Milliarden Franken aufweisen, und bei einer Erhöhung beläuft sich dieses noch immer auf 6,5 Milliarden. *Frau Segmüller* verwies ausserdem darauf, dass die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre erst eine Annäherung und noch nicht das gleiche Rentenalter für Mann und Frau bringe. Verbunden mit der Erhöhung des Rentenalters ist die *Flexibilisierung* des Rentenbezugs für alle. Der Rentenvorbezug ist allerdings an eine versicherungstechnisch bedingte, aber sozial abgefederte Rentenkürzung geknüpft. Der Kürzungssatz wird jedoch für Frauen während einer Übergangszeit von acht Jahren um die Hälfte geringer sein als für Männer.

Entschlossen bekämpft das bürgerliche Komitee schliesslich die *AHV/IV-Initiative* von Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbund. *Frau Segmüller* betonte, dass ein derart massiver Ausbau der AHV zulasten der zweiten Säule und gleichzeitig die Einführung einer Ruhestandsrente, die quasi einem Rentenalter ab 62 Jahren gleichkommt, finanziell nicht zu verkraften seien. Die Kosten der Initiative betragen insgesamt 4,4 Milliarden Franken. Dies bedeutete, dass der heutige Beitragssatz für die AHV und IV von 8,4 auf 10,4 Prozent erhöht werden müsste. Die Initiative sei finanzpolitisch unrealistisch und die faktische Herabsetzung des Rentenalters aus demographischen Gründen unerwünscht. Die übrigen Forderungen sodann werden in der 10. AHV-Revision erfüllt. Für Nationalrat *Gilbert Coutau* (lib.) stellt die linke Initiative den Versuch dar, das gegenwärtige System der Altersvorsorge völlig zu *destabilisieren*.



Demonstration auf dem Bundesplatz gegen das höhere Frauenrentenalter: Wer mit dieser Neuerung in der 10. AHV-Revision nicht einverstanden ist, steht am 25. Juni vor dem Dilemma, sie entweder in Kauf zu nehmen oder die ganze Vorlage abzulehnen. Das konstruktive Referendum könnte hier mehr Entscheidungsspielraum bieten.

BILD: UELI HILTPOLD